

Antrag auf Einleitung des Verfahrens zur Änderung eines Bebauungsplanes gemäß §2 Absatz 1 i. V. m. § 1 Absatz 8 BauGB

Hiermit wird der Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens zur Änderung des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Bärenklau“ im vereinfachten Verfahren nach §13 BauGB mit folgenden Planungszielen gestellt:

Bauvorhaben	Titel: Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Bärenklau“	
	Planungsziele sind: <ul style="list-style-type: none"> • Zulassung von Nebenanlagen, die keine Gebäude sind oder gebäudegleiche Wirkungen haben außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche • Ausnahmsweise Zulässigkeit von Hauptanlagen, die keine Gebäude sind oder gebäudegleiche Wirkungen haben außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche • Umstellung der Planung auf das aktuelle Höhen Bezugssystem und Ersatz der bisher festgesetzten Höhe baulicher Anlagen von maximal 8 m durch eine Höhe, bei der die im Bebauungsplan ebenfalls festgesetzten maximal 3 Vollgeschosse vollziehbar ist • Klarstellungen zur textlich festgesetzten Pflanzbindung innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksfläche und Zulassung einer Ausnahme, nach der der bisher festgesetzte 5m breite Gehölzstreifen entlang der 20m breiten festgesetzten Gehölzfläche an der südlichen Grenze parallel der Autobahn innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksfläche auch in anderer Weise angeordnet werden darf, sofern die zu pflanzende Gehölzfläche bezüglich ihrer Größe gleich bleibt 	
Baugrundstücke	Gemeinde Oberkrämer	Gemarkung Bärenklau
	Flur 5, diverse Flurstücke (vollständiger Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Bärenklau“)	Straße / Hausnummer Gewerbegebiet Bärenklau, Bahnweg
Eigentümer / Antragsteller:	Namen	Anschriften
	BBF Projekt GmbH	Am Studio 20A, 12489 Berlin

Der Antragsteller bestätigt, dass er alle aus der Planung und deren Durchführung entstehenden Kosten, insbesondere die Vermessungs-, Planungs- und Erschließungskosten, übernimmt.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass auf die Aufstellung oder Änderung von Bauleitplänen und städtebaulichen Satzungen kein Anspruch besteht und ein Anspruch auch nicht durch Vertrag begründet werden kann. (§ 1 Abs. 3 BauGB).

— 7